

Sind 115 Neueinstellungen genug?

Eine Zusammenfassung von Dirk Schnubel

Die Beantwortung dieser Frage war u. a. vor dem Hintergrund der (unsinnigen) Forderung der „Wirtschaftsjunioren“ nach einem Abbau von 6000 Stellen im öffentlichen Dienst des Saarlandes zu beantworten.

Für die Gewerkschaft der Polizei hatte deren Landesvorsitzender Hugo Müller eine klare Forderungslinie aufgestellt. 150 neue Polizistinnen und Polizisten braucht die Organisation jedes Jahr neu, um auf dem gleichen Niveau für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sorgen zu können.

Nun war die „Jamaika“-Koalition am Zug. Am 2. 2. 2010 verkündete Innenminister Stefan Toscani exklusiv vor unseren neu ernannten Kommissaren/-innen bzw. Lebenszeitbeamten/-innen, dass im Jahr 2010 115 Anwärterinnen und Anwärter neu eingestellt werden sollen.

Reinhold Schmitt kommentierte das im Flugblatt vom 3. 2. 2010 wie folgt:

„Die Entscheidung steht im Zusammenhang mit der Festlegung in der Koalitionsvereinbarung, die Polizei von Stelleneinsparungen auszunehmen und ist insofern konsequent (Anmerk.: Im letzten Jahr wurden 114 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt). Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und insbesondere der defizitären Haushaltssituation des Saarlandes ist diese Zahl grundsätz-

lich zu begrüßen und dem Innenminister und seinem Staatssekretär Georg Jungmann gebührt eigentlich Dank.

Orientiert man die Entscheidung allerdings bei näherer Betrachtung an der aktuellen miserablen Personalsituation und den Auswirkungen für die saarländische Polizei in den Jahren 2011 bis 2015, so kommt doch schon Enttäuschung auf.

Wir haben uns bei unserer Forderung nach mindestens 150 Beamtinnen und Beamten für die saarländische Polizei auf Bedarfsberechnungen aus dem Innenministerium bezogen. Aufgrund der geringen Einstellungen der vergangenen Jahre und der zahlreichen Ruhestandsversetzungen der kommenden Jahre bedeuten 115 Beamtinnen und Beamten faktisch eine Personalreduzierung. Wir benötigen nun dringende strukturelle Maßnahmen zur Organisationsentwicklung. Andernfalls wird die Belastungssituation aufgrund des ständig steigenden Aufgabenzuwachses unerträglich!“

Wie geht es jetzt weiter? Vor einem Blick in die Zukunft sollte aber auch ein Blick zurück erlaubt sein.

So ab dem Jahr 1992 ff war unter Oskar Lafontaine Personalreduzierung angesagt. Bei der Polizei sollten rund 600 Stellen wegfallen. Hintergrund war damals der Länderfinanzausgleich und der damit verbundene Vorwurf der so genannten

„Geberländer“, dass die Polizeidichte im Saarland im Vergleich zu anderen Ländern viel zu hoch sei. Da man den geplanten Abbau durch reguläre Ruhestandsversetzungen aber nicht erreichen konnte, ergriff man zwei Maßnahmen.

1. Die Einstellungszahlen wurden teilweise bis auf Null verringert.

2. Die vorzeitigen Ruhestandsversetzungen wurden deutlich erhöht. Durch Maßnahme 1 haben wir übrigens heute im so genannten Mittelbau (Alter zwischen 35 und 45 Jahren) deutliche Defizite.

Mit dem Regierungswechsel 1999 gab es eine neue Sicherheitspolitik. Die Organisation wurde geändert und um neue Dienststellen erweitert, verbunden mit der Botschaft, dass man dafür 2900 Polizistinnen und Polizisten braucht. Die Einstellungszahlen zu Beginn waren ansprechend, zur kurzfristigen Erhöhung wurden auch fertig ausgebildete Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern übernommen. Gleichwohl wurde das Ziel 2900 nie erreicht. Ein Grund hierfür war die Einstellungspolitik Anfang des neuen Jahrtausends.

In dieser Zeit wurden drei Jahre lang nur maximal 60 bzw. 55 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt. Damit konnte man zwar die Ruhestandsversetzungen ausgleichen. Zu einem Personalaufbau kam es während der drei Jahre aber nicht.

Und nun steht uns ein neues Problem ins Haus! Die hohe Anzahl von Ruhestandsversetzungen ab dem Jahr 2012, in der Spitze 156. Wollte man die Organisation nur auf ihrem derzeitigen Stand halten – das sind keine 2900 sondern weniger als 2800 – müsste man, gegebenenfalls antizyklisch, im Schnitt aber rund 150 Anwärterinnen und Anwärter einstellen, insbesondere auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl an zusätzlichen Aufgabenschwerpunkten. Da scheint mir auch die Aussage des BdK-Landesvorsitzenden Rupp wenig zielführend, die Personalmisere dadurch abzumildern, indem mal eben die Internetkriminalität nicht

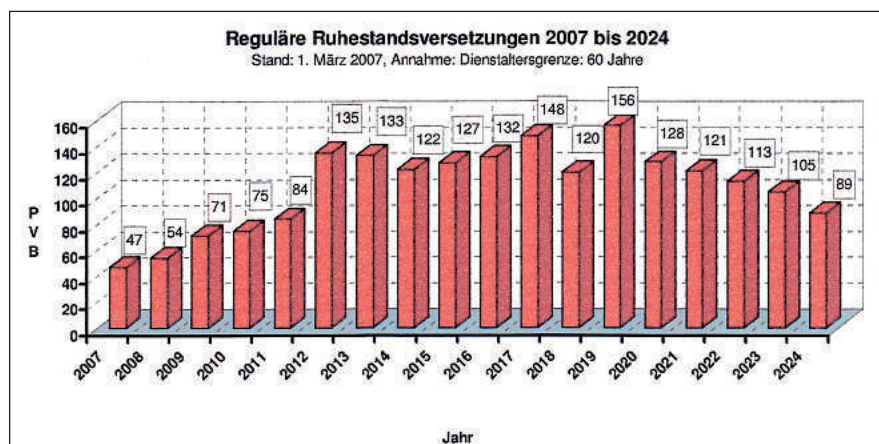


Schaubild 1

Quelle: Bericht AG POG von 2007

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

mehr so bearbeitet wird bzw. Aufgaben an die Kommunen abgetreten werden. Ich stelle an der Stelle völlig emotionslos fest, dass es seit 1999 zu keinerlei Reduzierung von Aufgaben kam! Im Gegenteil! Es kam zu einem stetigen Aufgabenzuwachs. Warum sollte das jetzt anders werden?

Hugo Müller hat es in der Februar-Ausgabe der Deutschen Polizei beschrieben. Die Zielzahl der AG 2000 von 2900 Beamtinnen und Beamten für ein vernünftiges Aufrechterhalten der Organisation ist überholt. Wir bräuchten eigentlich für eine zweckmäßige Aufgabenerledigung 3100 Polizistinnen und Polizisten, haben aber aktuell weniger als 2800.

Ich will das Dilemma an einem Zahlenbeispiel verdeutlichen!

2009 wurden wie vor erwähnt 114 Anwärterinnen und Anwärter in die saarländische Polizei eingestellt. Diese stehen

der Organisation normalerweise 2012, also nach drei Ausbildungsjahren zur Verfügung. 2012 gehen 135 Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand (Schaubild 1: Stand 1. 3. 2007). Dies bedeutet rein rechnerisch ein Minus von 21 für die Organisation. Geht ja noch, werden jetzt einige denken.

Von den 114 Anwärterinnen und Anwärtern fallen aber neun unter die so genannte „Sportförderung“. Dies bedeutet u. a., dass diese Kolleginnen und Kollegen zwei Jahre länger Zeit haben, ihre Ausbildung abzuschließen. Ich gehe auch davon aus, dass nach der Ausbildung – zumindest bis zu einem gewissen Alter – der Sport ein wesentlicher Mittelpunkt im Leben dieser Menschen sein wird. Die sind mit Sicherheit hoch motiviert und wollen zu Deutschen, Europa- bzw. Weltmeisterschaften oder gar zu den Olympischen Spielen. Dazu gehört intensivstes Training. Wie sich das auf die Organisation auswirkt, wird man erst in der Zukunft sehen.

Letztlich kann man davon ausgehen, dass nicht alle Anwärterinnen und Anwärter ihr Fachhochschulstudium erfolgreich beenden. Bei 114 Einstellungen darf eine „Ausfallquote“ von fünf als durchaus realistisch angesehen werden. Dies bedeutet nach meiner Einschätzung, dass von den 114 im Jahr 2009 eingestellten Anwärterinnen und Anwärtern im Jahr 2012 höchstens 100 bis maximal 105 der Organisation vollumfänglich zur Verfügung stehen werden. Bei 135 Ruhestandsversetzungen ein Verlust von rund 30!

Die Zahl der vorzeitigen Ruhestandsversetzungen ist hier noch nicht mit einbezogen. Sie lag in der Vergangenheit zwischen 10 und 20.

Und vor dem Hintergrund dieser Darstellung ist die Forderung von Hugo Müller nach 150 Neueinstellungen im Jahr 2010 absolut realistisch, will man die Organisation in der derzeitigen Form erhalten. Weniger Einstellungszahlen bedeutet zwingend eine Änderung/Fortschreibung der derzeitigen Organisation. Nur bei 150 Einstellungen wird die Organisation in der Lage sein, 20 „Rund-um-die-Uhr-Dienststellen“ zu unterhalten. So wie zurzeit kann es jedenfalls gerade im operativen Bereich nicht weitergehen. Die Dienstgruppen sind vielerorts personell so schwach wie zu „Lafontaines Zeiten“.

Hugo Müller bezeichnete den derzeitigen Zustand in der SR3-Sendung „Region am Mittag“ als **Mobilisierung der letzten Reserven**. Eine Feststellung, die die politisch Verantwortlichen nachdenklich stimmen sollte!

In der gleichen Sendung versprach unser neuer Innenminister Stefan Toscani Neueinstellungen „deutlich über 100“. Außerdem soll eine „möglichst hohe Präsenz in der Fläche erhalten bleiben“. Ob und wie das mit 115 Neueinstellungen im Jahr 2010 gelingen wird (bei 133 Ruhestandsversetzungen 2013), werden wir sehen.

2. Problemfelder will ich noch kurz ansprechen. Der relativ hohe Frauenanteil bei den Neueinstellungen und die ungünstige Altersstruktur.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe unseres Landesteils ist der **6. März 2010**.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

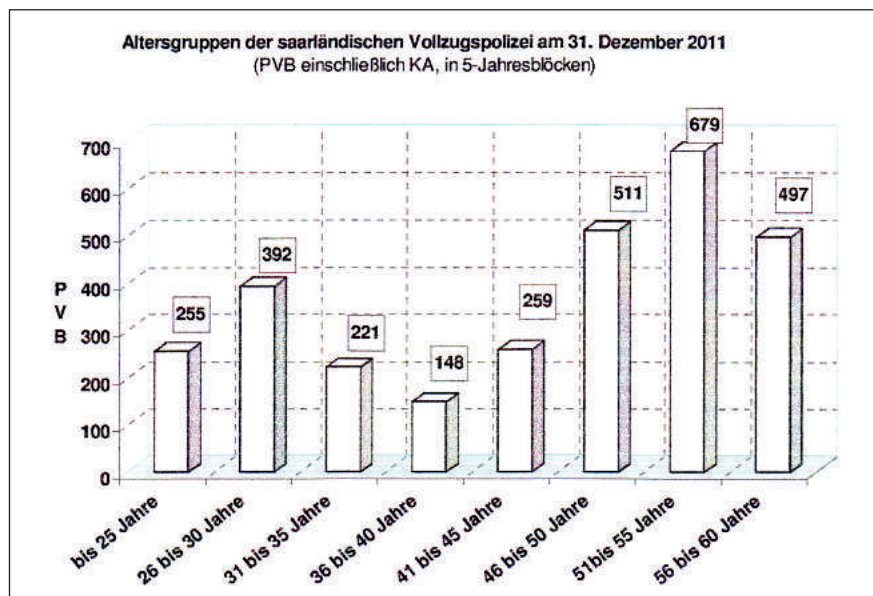


Schaubild 2

Quelle: Bericht AG POG von 2007



PERSONALENTWICKLUNG

Frauen in die saarländische Polizei einzustellen war und ist ein absolutes Muss und familienpolitisch sehr erwünscht, höhere Ausfallzeiten durch Schwangerschaft, Erziehungsurlaub pp. aber die logische Konsequenz. Hierauf hat die Politik trotz unserer entsprechenden Hinweise und Vorschläge bisher leider nicht reagiert.

Bezüglich der Altersstruktur (siehe Schaubild 2) will ich Anleihe nehmen aus dem Bericht von Hugo Müller in der Februar-Ausgabe der Deutschen Polizei:

„Ab dem Jahr 2011 wird der Anteil der über 50-Jährigen über mehrere Jahre hinweg ca. 40% des Gesamtpersonals betragen. Insoweit wird es noch schwieriger werden, bestimmte operative Einsatzbereiche mit lebensjüngeren Polizeivollzugsbeamten zu personalisieren. Bereits im Jahr 2005 hatte die saarländische Polizei im bundesweiten Vergleich das höchste Durchschnittsalter bzw. die ungünstigste Altersstruktur aller Länderpolizeien. Es gilt inzwischen in der Altersforschung und der Berufsmedizin als gesichert, dass es unabwendbare Zusammenhänge zwischen

den geistigen und körperlichen Anforderungen zur Aufgabenerfüllung im Beruf und der altersbedingten Leistungsfähigkeit gibt.

Die besonderen körperlichen und gesundheitlichen Anforderungen an den Beruf des Polizeivollzugsbeamten, die sich insbesondere im sog. Wach- und Wechseldienst aber auch in sonstigen Außen dienstbereichen mit zunehmendem Konfliktpotenzial (z. B. geschlossene Einheiten, Spezialeinheiten, bestimmte Bereiche polizeilicher Ermittlungen wie in Kriminaldiensten) zeigen, führen dazu, dass Polizeivollzugsbeamte in der Regel ab dem 50. Lebensjahr mit ihren verbliebenen Leistungsmöglichkeiten nur in Ausnahmefällen in der Lage sind, typischen Exekutivmomenten (körperlicher Einsatz gegen Rechtsbrecher, Zwangsanwendung bis hin zum Waffeneinsatz) und dem Wechselschichtdienst (gestörter Tag- und Nachtrhythmus) zu genügen. Allgemein ist zu erwarten, dass die betreffenden Beamten in dieser Verwendungssituation nur noch bedingt die geforderten Aufgaben erfüllen“.

Schließen will ich mit einer Meldung aus SR-online vom 4. 2. 2010 zum Thema Polizeistärke.

„Die Gesamtzahl der Polizisten im Saarland soll in der laufenden Legislaturperiode nicht weiter sinken. Das hat Innenminister Toscani (CDU) in der SR-Sendung ‚mag’s‘ bekräftigt. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart, die Zahl der Neueinstellungen an der Zahl der Polizisten, die in Ruhestand gehen, zu orientieren. Darüber hinaus gebe es weitere Überlegungen. So soll den Beamten, die das 60. Lebensjahr erreicht haben, angeboten werden, freiwillig länger im Dienst zu bleiben. Ziel sei es, die Polizei personell und materiell sehr gut auszustatten“.

Hinweis: Bei Erscheinen dieser Ausgabe gab es zwei Besprechungstermine mit Innenminister Toscani. Über die Ergebnisse werden wir in der April-Ausgabe berichten. Wir erwarten natürlich auch, dass Innenminister Toscani auf dem Landesdelegiertentag am 15. 4. 2010 in Lebach uns und der saarländischen Polizei Lösungsmöglichkeiten für die zuvor beschriebenen Problemfelder aufzeigt.

3. DGB-LANDESKONFERENZ

Eugen Roth bleibt DGB-Chef an der Saar

Mit eindrucksvollen 98 Prozent wurde DGB-Landeschef Eugen Roth für weitere vier Jahre als Landesvorsitzender des DGB Saar im Amt bestätigt. Es ist die dritte Wiederwahl für den ehemaligen GdP-Landesvorsitzenden, der 1998 beim DGB Saar Nachfolger von Manfred Wagner geworden ist.

„Die Wiederwahl gibt mir weiteren Schub. Sie macht mich glücklich und ist

eine große Verpflichtung“, sagte Eugen Roth nach der Wahl erleichtert.

Zuvor hatten ihm die 50 Delegierten auf der dritten Ordentlichen Landeskonferenz des DGB in der Congresshalle bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung ein klares Votum für vier weitere Jahre als Chef an der Spitze der saarländischen Gewerkschaftsbewegung erteilt. Wichtigste Aufgabe sei jetzt im Saarland,

sich auf ein gemeinsames Konzept zur Überwindung der Finanz- und Existenznot zu einigen. Von dieser Gemeinsamkeit sei man allerdings noch weit entfernt, betont Roth.

Die Gewerkschaften wollen sich mit ihren Vorschlägen zur Bewältigung der Krise stärker eingebunden sehen. Unternehmen, die gewerkschaftli-

che Betätigung nicht zulassen oder wo Mitbestimmung fehle, „müssen von der Wirtschaftsförderung aus Landesmitteln ausgeschlossen werden“, heißt es in dem Leitantrag. Bei Investitions-Entscheidungen müsse „den Belegschaften über ihre Betriebsräte und Aufsichtsratsmitglieder ein Mitspracherecht gesetzlich eingeräumt werden“. Das Saarland könne nur als Industrieland überleben.

Der DGB fordert daher „eine aufklärende Informationsoffensive der Landesregierung über den Stellenwert, die Erfordernisse und die Chancen industrieller Großansiedlungen unter Einbeziehung der Gewerkschaften und ihrer Betriebsräte“.

Am Arbeitsmarkt fordert der DGB eine Abkehr vom Niedriglohn-Sektor. Von solchen Arbeitsverhältnissen „können Frauen und Männer nicht leben“, heißt es im Leitantrag. Damit man den Bürgern weiter moderne Dienstleistungen anbieten kann, müsse der öffentliche Dienst modernisiert statt reduziert werden. Eine Aufstockung der Steuerverwaltung Sorge

Fortsetzung auf Seite 4



V. l.: Hugo Müller, Ralf Porzel, Dietmar Hünnefeld, Eugen Roth, Reinhold Schmitt, Carsten Baum
Foto: GdP Saar



3. DGB-LANDESKONFERENZ

Fortsetzung von Seite 3

zudem für Mehreinnahmen. In der Bildung bestehe die Herausforderung darin, gleiche Chancen zu garantieren. Dazu gehöre der kostenfreie Zugang zu frühkindlicher, qualifizierter Bildung in den Kindergärten. In seinem Grußwort verweist Ministerpräsident Peter Müller (CDU) auf die Prognose der Arbeitskammer, 2010 steige die Arbeitslosigkeit im Saarland auf über 50 000. „Wenn wir alle gemeinsam unsere Verantwortung wahrnehmen, ist es möglich, diese Zahl deutlich zu unterschreiten“, so Müller. Man könne nicht vom Saarland als Niedriglohn-Land reden. Seit 1996 seien die Einkommen pro Kopf der Bevölkerung im Bund um 24 Prozent gestiegen, an der Saar um 32 Prozent. Mindestlöhne führten nicht als Folge zu zusätzlichen, gut be-

zahlten Arbeitsplätzen. Müller will sich für ein Tariftreue-Gesetz einsetzen gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg.

Gelingt dies nicht, werde das Saarland einen Alleingang versuchen. Einsparungen von 6000 Bediensteten im öffentlichen Dienst, wie von den Wirtschaftsjuristen gefordert, seien nicht realisierbar.

Während der DGB-Landeskonferenz hatte Hugo Müller die Gelegenheit, die „Sparvorschläge“ der letzten Tage erneut zu kommentieren.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei sieht die Diskussion über Sparbeiträge des Saarlandes mittlerweile „auf einem Stammtisch-Niveau angekommen. Polizisten sind keine Großverdiener“, so Hugo Müller vor der Presse. „Wie soll ich meinen Leuten noch er-

klären, die nachts attackiert oder angepöbel werden, dass sie zu viel Geld verdienen?“, fragte Müller. „Polizisten bekommen keine Krankenversicherung, sondern seien in einem Beihilfesystem. Der Staat übernehme 50 Prozent der Krankheitskosten, aber keine Versicherung. Den Rest müssten die Beamten selbst tragen. Alleine ein Polizei-Hauptkommissar mit Frau und Kind verliere so 15 Prozent des Bruttolohns an die Krankenversicherung. Durch diese Regelung spare das Land als Arbeitgeber an Polizisten 60 Millionen Euro pro Jahr. Auch bei der Rentenversorgung müssten Polizeibeamte wegen der Vorschriften finanzielle Verluste gegenüber anderen Personengruppen hinnehmen. Zudem bekomme ein Polizist in der Besoldungsgruppe A 9 mit 2300 Euro brutto nur einen Nacht- und Wochenendzuschlag von 1,80 Euro pro Stunde“.

Dirk Schnubel

KG SB-LAND

Vorstandsneuwahlen und Ehrungen

Im Rahmen der Mitgliederversammlung am 28. 1. 2010 erfolgten die Ehrungen von Kolleginnen und Kollegen für 50-, 40- und 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP. Es konnten geehrt werden:

50 Jahre: Johanna Breza, 40 Jahre: Robert Derouet, Werner Pietsch und Georg Sinnwell, 25 Jahre: Hans Jörg Veith, Thomas Schlang, Markus Summa

Weitere Jubilare waren entschuldigt, deren Ehrung wird noch persönlich nachgeholt:

Michael Klos, Wolfgang Naumann für 25 Jahre Mitgliedschaft

Klaus Zimmer, Klaus-Dieter Steutermann, Erika Kopp für 40 Jahre Mitgliedschaft

Auf der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der KG Saarbrücken-Land wurde einstimmig der alte und neue Kreisgruppenvorsitzende Wolfgang Schäfer wiedergewählt. Weiterhin wurden in den neuen Kreisgruppenvorstand gewählt:

Stellvertreter: Thomas Schlang

Stellvertreter: Robert Derouet

Stellvertreter: Falk Hasenberg

Kassierer/Stellvertreter: Stefan Hafner/Markus Hahn

Schriftführer/Vertreter: Seyfi Turan/Carlo Altmeyer

und mehreren Beisitzern, wobei alle Dienststellen und Organisationseinheiten (Wache/KD/PPost und Führungs-

gruppe) vertreten sind. Der Kreisgruppenvorsitzende Wolfgang Schäfer berichtete über die sehr positive Mitgliederentwicklung in der Kreisgruppe, über die im Mai 2009 sehr erfolgreich verlaufenen Personalaratswahlen, über die Beförderungssituation im Jahre 2009 und über das Thema Zulagen, deren Umsetzung im Jahre 2010 einen gewerkschaftlichen Schwerpunkt bilden soll.

Das Thema Beförderungen wurde durch den Landesvorsitzenden Hugo Müller und den PHPR-Vorsitzenden Reinhold Schmitt ergänzt, die diesbezüglich einen optimistischen Ausblick in das Jahr 2010 vornahmen.

Hugo Müller berichtete über die sehr schwierige Personalsituation in der saarländischen Polizei, die sich ohne entsprechende Gegenmaßnahmen (sofortige Einstellung von mindestens 150 Kolleginnen und Kollegen pro Jahr, Notwendigkeit von Korrekturen in der Aufbau- und Ablauforganisation) dramatisch zuspitzen wird.

Auch forderte Hugo Müller wieder die Einrichtung eines runden Tisches unter Beteiligung der GdP, um die notwendigen Entscheidungen in Versorgungs-, Laufbahn- und Zulagefragen, die bis 2011 im Rahmen der Föderalismusreform im Saarland neu geregelt werden müssen, mit beeinflussen zu können.

Im Februar wird es insgesamt drei Treffen mit dem neuen saarländischen



Die Jubilare der Kreisgruppe

Foto: GdP Saar

Innenminister Stefan Toscani geben, bei denen die Standpunkte der GdP vorgebracht werden können.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung traf man sich noch bei einem Imbiss.

Wolfgang Schäfer



KG SAARBRÜCKEN STADT

Jens Berner Kreisgruppenvorsitzender – Generationenwechsel eingeläutet!

Der Kreisgruppenvorstand Saarbrücken Stadt hatte in die Räumlichkeiten der PI Burbach zur Mitgliederversammlung eingeladen. Die Kreisgruppenmitglieder der PI Burbach hatten für die Versammlung auch im Sinne einer „Einsatzverpflegung“ alles bestens vorbereitet. Nachdem der langjährige Kreisgruppenvorsitzende Bernhard Wirtz erklärt hatte, sein Amt in „jüngere Hände“ übergeben zu wollen, wurden vor der Mitgliederversammlung bereits die Weichen für eine Verjüngung des Vorstandes gestellt. Der vom Vorstand für das Amt des Kreisgruppenvorsitzenden vorgeschlagene Jens Berner wurde von der Versammlung einstimmig gewählt. Ebenso wurde den weiteren Vorschlägen zur Besetzung des Vorstandes mehrheitlich zugestimmt. Neben Jens Berner wird der neue Vor-

stand durch viele junge Kolleginnen und Kollegen ergänzt und unterstützt, sodass man schon von einer deutlichen Verjüngung des Vorstandes und einem eingeläuteten Generationenwechsel sprechen kann.

Der neue Kreisgruppenvorsitzende Jens Berner bedankte sich beim alten Vorstand und insbesondere bei seinem Vorgänger Bernhard Wirtz für die geleistete Arbeit in den zurückliegenden Jahren und betonte, dass es beruhigend und gut zu wissen sei, dass die aus Vorstandsämtern ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen den neuen Kreisgruppenvorstand bei den Zukunftsaufgaben auch zukünftig als Beisitzer unterstützen werden.

Der neue Kreisgruppenvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Vorsitzender: Jens Berner, (PBI Saarbrücken St. Johann)
- stellv. Vorsitzender: Markus Müller, (PI Alt Saarbrücken)
- stellv. Vorsitzende: Caroline Stürmer, (Kriminaldienst Saarbrücken)
- stellv. Vorsitzender: Bernd Kimmling, (PI Burbach)

- Kassierer: Stefan Zemke, (KPI)
- stellv. Kassierer: Andreas Karmann, (PBI Saarbrücken St. Johann)
- Schriftführer: Helmut Berg, (PBI Saarbrücken St. Johann)
- stellv. Schriftführer: Ralf Porzel, (PB Saarbrücken Stadt)
- Vertreter Frauengruppe: Andrea Thiel, (PBI Saarbrücken St. Johann)
- Vertreter Junge Gruppe: Andreas Rinnert, (PBI Saarbrücken St. Johann)
- Vertreter Senioren: Horst Ledig, (Pensionär)
- Beisitzer PBI St. Johann: Karl Peter Fuhr, Sascha Grimm, Bernd Otting, Jürgen Schmitt
- Beisitzer PI Burbach: Florian Müller, Lena Graf, Anneka Schneider,
- Beisitzer PI Alt Saarbrücken: Helmut Schliwinsky, Florian Schmehr
- Beisitzer Kriminaldienst Saarbrücken: Bernhard Wirtz, Ronny Pukallus, Gerhard Müller
- Beisitzer Senioren: Hans Ferber, Gerhard Schmolze

Ralf Porzel

GdP-SEMINAR

In der Zeit vom 29. 3. bis 31. 3. 2010 findet im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel das Seminar „Macht der Bilder“ statt.

In Zusammenarbeit mit unseren Referenten Andrea Schaller, Wolfgang Gitzen und Ralf Porzel wurde ein interessantes Programm erarbeitet, dass sich schwerpunktmäßig mit digitaler Bildbearbeitung, richtigem Fotografieren und Möglichkeiten der Manipulation von Aufnahmen beschäftigt.

Entsprechende digitale Kameras werden zur Verfügung gestellt.

Es steht der Computerlehrsaal des Bildungszentrums zur Verfügung, der mit allen notwendigen technischen Voraussetzungen ausgestattet ist.

Die Unterbringung mit Vollpension erfolgt in Einzelzimmern im Bildungszentrum der Arbeitskammer.

Für dieses sehr interessante Seminar stehen noch wenige Plätze zur Verfügung. Bitte Anmeldung über die GdP-Geschäftsstelle unter 06 81/ 8 41 24 10.

Wolfgang Schäfer

Anzeige

Sozialwerk der GdP - Saarland

ANTON GÖTTEN REISEN

Fluss- und Seekreuzfahrten 2010

NEU bei CroisiEurope

VP plus

Wein, Bier, Wasser und ein Espresso zu den Mahlzeiten inklusive

Bis zu 6% Zuschuss für Mitglieder

Hotline: 0681 - 841240



Teilzeitbedienstete aufgepasst!

Bares Geld winkt jetzt teilzeitbediensteten Beamtinnen und Beamten, denen bisher die Zahlung der Zulage „DuZ“ (§ 3 EZuLV) bzw. der Wechselschichtzulage oder der Schichtzulage (§ 20 EZuLV) unter Hinweis auf in der Erschwerniszulagenverordnung (EZuLV) aufgeführte Mindeststundenzahlen verwehrt worden ist, weil sie als Teilzeitbedienstete diese Untergrenzen in bestimmten Zeit- bzw. Schichtintervallen (z. B. 40 Stunden Nachtdienst in fünf Wochen als Voraussetzung zur Gewährung der Wechselschichtdienstzulagen) nicht erreicht hatten. Grundlage dafür ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das nun aber in Bund und Ländern rechtlich (Änderung EZuLV) und tatsächlich (Neuberechnung, Zahlung und Nachzahlung von Zulagen) umgesetzt werden muss.

Worum geht es?

Höchstrichterlich festgestellt worden ist, dass die in der EZuLV (im Saarland in der Fassung vom 31. 8. 2006) genannten Mindest-Stundenzahlen den Belangen der Teilzeitbediensteten nicht gerecht werden und rechtswidrig sind; denn diese Stundenzahlen sind auf die von Vollzeitbediensteten zu erbringende regelmäßige Wochenarbeitszeit (Saarland: 40 Stunden) „gemünzt“. Die EZuLV differenziert unzutreffenderweise nicht nach Teilzeit- und Vollzeitbediensteten. Sie führt deshalb beispielsweise dazu, dass Teilzeitbedienstete im Vergleich zu Vollzeitbediensteten einen größeren Anteil ihrer Arbeitszeit im Nachtdienst erbringen müssen, um in den Genuss einer Wechselschichtzulage zu kommen. Indem der Verordnungsgeber die Belastungsgrenze für Voll- und Teilzeitbedienstete identisch festgelegt hat, hat er Teilzeitbedienstete hierdurch benachteiligt und diskriminiert, was gegen Gemeinschaftsrecht (EU-Recht, RiLi Nr. 97/81/EG, § 4 Nr. 1 des Anhangs) verstößt. Korrekterweise ist zu verlangen, dass die Stundengrenzen für Beamte oder Beamtinnen „in Teilzeit“ rechtlich neu zu regeln (z. B. durch Änderung der EZuLV) und entsprechend der reduzierten Arbeitszeit zu berechnen sind.

Beispiel:

Eine teilzeitbedienstete Polizeibeamtin, die statt 40 Wochenstunden (Vollzeit) nur durchschnittlich 25,5 Stunden wöchentlich arbeitet, muss nun keine „40 Stunden Nachtdienst in fünf Wochen“ (wie nach noch geltender EZuLV) mehr

bringen. Sie muss jetzt nur noch 25,5 Stunden Nachtdienst in fünf Wochen verrichten, um Wechselschichtzulage beanspruchen zu können.

Analog neu zu regeln und zu berechnen sind die Mindest-Stundenzahlen, die für die DuZ-Gewährung gelten (für Vollzeit: fünf Stunden je Monat, vgl. § 3 EZuLV), ebenso die Mindest-Stundenzahlen, die für die unterschiedlichen Schichtzulage-Beträge gelten (§ 20 EZuLV).

Grundlage von alledem ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG, Az. 2 C 12.08) vom 26. 3. 2009. Erfolgreich geklagt hatte eine Polizeiobermeisterin. Darauf hinzuweisen ist, dass die EZuLV nur für den Beamtenbereich gilt, nicht aber für den Tarifbereich.

BMI hat bereits reagiert

Der Bund (genauer: das Bundesministerium des Innern –BMI–) hat bereits auf das vorgenannte Urteil des BVerwG reagiert und die besoldungsrechtlich in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Obersten Bundesbehörden mit dem Rundschreiben BMI – D 2 – 221 470/35 vom 5. 1. 2010 informiert.

Neben der näheren Unterrichtung zum BVerwG-Urteil enthält das Rundschreiben auch die Aussage, dass beabsichtigt sei, die EZuLV entsprechend zu ändern.

Außerdem (wichtig!) wird verfügt, dass im Vorgriff auf die beabsichtigte Änderung ab sofort für die Berechnung der Wechselschichtdienstzulage im Sinne des § 20 Abs. 1 EZuLV bei Teilzeitbediensteten eine proportional zum Arbeitsumfang reduzierte zeitliche Mindestanforderung zugrunde zu legen sei. In gleicher Weise sei bei der Schichtzulage nach § 20 Abs. 2 EZuLV sowie beim Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) nach § 3 EZuLV zu verfahren.

Abschließend heißt es in dem Rundschreiben:

„Für zurückliegende Zeiten sind die vorgenannten Zulagen auf Grundlage eines an die Dienststelle zu richtenden formlosen Antrags innerhalb der Verjährungsfristen zu gewähren. In Fällen, in denen bis zum 31. 3. 2010 ein Antrag für zurückliegende Zeiträume gestellt wird, ist auf die Geltendmachung der Einrede der Verjährung für 2006 zu verzichten.“

Forderungen der GdP Saarland

Aktivitäten der Landesverwaltung im Saarland analog der Aktivitäten des BMI

sind bisher (Stand: 4. 2. 2010) nicht bekannt. Angesichts der Sachlage ist aber die GdP aktiv:

Was für die beim Bund teilzeitbediensteten Beamtinnen und Beamten gilt, muss auch für die bei den anderen Dienstherrn bzw. beim Saarland teilzeitbediensteten Kolleginnen und Kollegen gelten! Hier gibt es einige Dutzend Polizeibeamtinnen und -beamte, die gemäß § 87a SGB in Teilzeit sind und Wechselschicht- bzw. Schichtdienst verrichten.

Damit auch ihre Benachteiligung beendet wird, dringen GdP und Personalräte darauf, dass „analog Bund“ auch im Saarland geeignete Maßnahmen (Änderung der EZuLV, notfalls auch Vorgriffsregelungen) getroffen werden. Zuständig dafür ist das Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten (MfIE) im Benehmen mit dem Ministerium der Finanzen (MdF), dem das Landesamt für Zentrale Dienste (LfD/ZBS) untersteht. Überholte Vorschriften müssen geändert, zu Unrecht vorenthaltene Zulagenbeträge für die Jahre ab 2006 nachgezahlt werden.

Angeregt wird, dass auf Basis einer vom MfIE zu schaffenden Regelung die personalverwaltenden Stellen der (Polizei-)Dienststellen eine Überprüfung vornehmen, ob und inwieweit an teilzeitbedienstete Beamtinnen und Beamte, die im Zeitraum seit 2006 Schichtdienst geleistet haben bzw. weiterhin leisten, bisher verweigerte oder in zu geringer Höhe geleistete Zulagen nachzuzahlen sind. In der Summe der seit 2006 verstrichenen über 50 Monate könnten sich u. U. Nachzahlungsansprüche von mehreren Hundert Euro je Betroffenen ergeben.

Die GdP selbst hat bereits ihre Gremien, die Kreisgruppen und Personalratsmitglieder mit detailliertem Info-Material (u. a. mit dem BVerwG-Urteil und dem Rundschreiben des BMI) ausgestattet, um den Fortgang der Angelegenheit kompetent zu begleiten und die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren.

Die Thematik wird auch beim GdP-Gespräch mit Innenminister Toscani (Termin: 22. 2.) angesprochen, um ihn hinsichtlich des Handlungsbedarfs zu sensibilisieren. Wir bleiben am Ball und berichten nach.

Carsten Baum



KG LKA

Wir gratulieren und sagen Danke!



Die stellv. Vorsitzende der KG LKA, Patricia Fischer, gratuliert den Kollegen Frank Schmitt und Michael Hoffmann zum 50. Geburtstag. Die Kreisgruppe Landeskriminalamt gratuliert recht herzlich und wünscht euch persönliche Zufriedenheit, alles Gute und viel Gesundheit. Die gleichen Wünsche gehen an unsere Mitglieder Gerhard Klemann und Hermann Josef Ludwig, auch sie vollendeten bei bester Gesundheit das halbe Jahrhundert. In Anwesenheit des stellv. Bundesvorsitzenden der GdP, Hugo Müller, ehrten die beiden stellv. Vorsitzenden der KG LKA, Patricia



cia Fischer und Jörg Altmeyer, unsere langjährigen Mitglieder Peter Brocker, Stefan Schneider und Markus Kneip für 25 Jahre aktive Mitgliedschaft und Mitarbeit in unserer Solidargemeinschaft. Nicht anwesend sein konnten Joachim Müller, Konrad Spaniol, Klaus-Jürgen Brutsch, die ebenfalls seit ¼ Jahrhundert unserer Gewerkschaft treu sind sowie Klaus Lengert und Bruno Zimmer, welche gar seit 40 Jahren Mitglied der GdP sind. Diese Ehrungen werden zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. Die Kreisgruppe LKA gratuliert allen Jubilaren recht herzlich. Stefan Schneider

KG MERZIG-WADERN

Jahreshauptversammlung

Traditionell lud die KG Merzig-Wadern ihre Mitglieder in die Losheimer Rathausstuben zur Jahreshauptversammlung ein.

Neben dem Referat unseres Landesvorsitzenden, den Berichten des Kreisvorstandes sowie der Ehrung langjähriger Mitglieder stand die Wahl der Delegierten zum Landesdelegiertentag, den Kontrollausschuss und den Landesbeirat auf dem Programm.

Nach dem Gedenken an die verstorbenen Kolleginnen und Kollegen überbrachte der neue Leiter des KD Wadern, Arno Adams, selbstverständlich auch GdP-Mitglied, die Grüße der leider komplett verhinderten Leitung des Polizeibezirkes. Hierbei hob Adams die Wichtigkeit gewerkschaftlicher Arbeit und die möglichst große Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen hervor.

Bei Personal und Organisation dringender Handlungsbedarf!

Hugo Müller beschrieb die aktuelle Entwicklung auf Bundes- und auf Landesebene und ging hierbei insbesondere auf die Personalentwicklung und die Beförderungssituation ein. Er forderte die dringend notwendigen Maßnahmen zur Entschärfung der mittlerweile unerträglichen Belastungssituation der Kolleginnen und Kollegen in der Organisation. Jährliche Neueinstellungen von mindestens 150 Kolleginnen und Kollegen sind erforderlich, wenn kein weiterer Personalabbau erfolgen soll.

DUZ 5 Euro und Auszahlung der vollen Wechselschichtzulage!

Der Kreisgruppenvorsitzende Christof Wilhelm beschrieb in seinem Bericht zunächst die Aktivitäten der Kreisgruppe im abgelaufenen Jahr. Unter dem Applaus der Anwesenden stellte er fest: „Es ist doch den Bediensteten kaum noch vermittelbar, dass der Staat von ihnen in steter Regelmäßigkeit unter dem Schlag-

wort der leeren Kassen immer größere finanzielle Opfer abverlangt, gleichzeitig aber z. B. die Ausweitung der Kosten für die Arbeit der neuen Landesregierung problemlos möglich sein soll!

Die Kolleginnen und Kollegen, die rund um die Uhr, auch an Wochenenden und Feiertagen, den gesundheitsschädigenden Wechseldienst auf den Wachen und Kriminaldiensten verrichten müssen, wollen endlich für den Raubbau an ihrer Gesundheit und für die enormen Einschränkungen der Teilnahme am sozialen Leben angemessen entschädigt werden. „Deshalb fordern wir weiter die Erhöhung des DUZ auf 5 Euro und die volle Auszahlung der Wechselschichtzulage und eine zumindest ausreichende Personalausstattung!“

Dem Kreisgeschäftsführer Dieter Kiefer bescheinigte Jürgen Kreuder als Kas-

Fortsetzung auf Seite 8



KG MERZIG-WADERN

Fortsetzung von Seite 7

senprüfer nach dem Kassenbericht eine einwandfreie Kassenführung und empfangen der Versammlung die Entlastung.



V. l.: Hugo Müller, Erich Klein, Hans Albert Weber, Heinz Peter Engel, Burkhard Müller, Christof Wilhelm Foto: GdP Saar

Nach den Wahlen standen die Ehrungen langjähriger Mitglieder auf der Tagesordnung.

Erich Klein und Roman Meier halten der GdP nun schon seit 50 Jahren die Treue. Während unser Landesvorsitzender Erich Klein persönlich auszeichnen und sich für die besondere Verbundenheit bedanken konnte, war Roman Meier aufgrund einer Erkrankung leider verhindert. Wir wünschen Roman auch auf diesem Wege gute Besserung!

Für 40-jährige Treue zeichnete Hugo Müller Heinz Peter Engel und Hans Albert Weber aus.

Mittlerweile auch schon 25 Jahre dabei ist Burkhard Müller.

Die Kreisgruppe Merzig-Wadern bedankt sich bei den Jubilaren für die langjährige Treue zur GdP.

Christof Wilhelm

KG ST. WENDEL

Ehrungen und Ausstand

Im Januar wurden bei der Kreisgruppe St. Wendel im Rahmen des „Jahresauftaktessens“ zunächst die „alten“ Vorstandsmitglieder verabschiedet.

Sonja Alt und Reiner Alles waren jeweils 16 Jahre im Kreisgruppenvorstand. Klaus Kuhn, Schriftführer und Ideengeber, sowie Andreas Riemenschneider und Timo Conrad schieden ebenfalls aus dem Vorstand aus.

Weiterhin gab es „Nachehrungen“ für 40-jährige Mitgliedschaften in der GdP (Hannes Jäckel und Werner Staub).

Die Ehre für 50-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit wurde Edwin Wagner zuteil.

Der neue Kreisgruppenvorstand bedankte sich bei den Anwesenden für die geleistete Arbeit bzw. die Treue zur Gewerkschaft.

Thomas Ehlhardt



V. l.: Hannes Jäckel, Klaus Backes (stellvertretender Vorsitzender), Edwin Wagner, Jürgen Längler (stellvertretender Vorsitzender), Werner Staub sowie Thomas Ehlhardt

KG SAARLOUIS

„Junge Gruppe“ stellt sich den Herausforderungen

Auf der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Saarlouis wurde am 25. Januar 2010 folgender Kreisgruppenvorstand gewählt:

Vorsitzender: Dirk Schnubel
stellv. Vorsitzende: Graf Hans Jürgen (PI Lebach), Wagner Petra (PBI Saarlouis), Eckert Carmen (PI Dillingen), Dieterich Mischa (PI Bous)

Kassiererin: Selzer Hildegard (FG PB Saarlouis)
stellv. Kassiererin: Coen Martina (FG PB Saarlouis)

Schriftführer: Lehnert Alexander (PI Lebach)

stellv. Schriftführer: Meisberger Stefan (PBI Saarlouis)

Beisitzer PBI/FG PB Saarlouis: Ammann Stefanie, Betrand Daniel, Boßmann Kunibert, Mommenthal Matthias, Pusse Christof, Reichmann Thomas

Beisitzer PI Lebach: Eckert Chris,

Naumann Burkhard, Philippi Michael, Schorn Michael

Beisitzer PI Dillingen: Maas Florian, Tilmont Johannes

Beisitzer PI Bous: Dohm Uwe, Henrich Jürgen, Mayer Lisa, Pohl Thomas, Roos Martin

Beisitzer Seniorenbereich: Kneip Manfred, Sinnwell Hermann, Wilhelm Alois

Kassenprüfer: Groß Bertram, Zapp Michael

Für 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP wurde Helmuth Schommer geehrt.

40 Jahre hält Helmut Hartl der GdP die Treue. 25 Jahre Mitglied sind: Marx Christian, Merl Andreas, Jacob Peter, Ball Renate, Klein Uwe.

Sachthemen waren: Beförderungen, Zulagenwesen, Personal-, Organisationsentwicklung, sehr positive Mitgliederentwicklung des Landesbezirks Saarland,

Personalratswahlen 2009, Versorgungs- und Laufbahnfragen.

Der Kreisgruppenvorstand würde sich sehr freuen, wenn auch zukünftig jüngere Kolleginnen und Kollegen Interesse an der GdP-Arbeit zeigen würden. Ansprechpartner sind grundsätzlich alle Vorstandsmitglieder.

Dirk Schnubel

